

Bericht

des Haushaltsausschusses

über die Drucksache

**18/5458: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
(Neuf.) Einzelplan 9.1
Betr.: Gender Budgeting
(Antrag der GAL- und SPD-Fraktion)**

Vorsitzender: **Ralf Niedmers**

Schriftführer: **Walter Zuckerer**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 18/5458 wurde am 13. Dezember 2006 auf Antrag der SPD-Fraktion durch die Bürgerschaft an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der Haushaltsausschuss überwies den Antrag in seiner Sitzung am 9. Januar 2007 einvernehmlich zur Beratung an den Unterausschuss „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“.

Der Unterausschuss beschloss in seiner Sitzung am 16. Januar 2007 eine Sachverständigenanhörung durchführen zu wollen und führte diese in Abstimmung mit dem Haushaltsausschuss am 22. März 2007 durch. Über die Sachverständigenanhörung wurde ein Wortprotokoll (Ausschussprotokoll Nr. 18/6 des Unterausschusses „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“) erstellt, das entsprechend den seit März 2006 geltenden Richtlinien des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft über die Einsichtnahme von Ausschussprotokollen über die Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter folgender Internetadresse: <http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/> aufgerufen werden kann.

Danach tagte der Unterausschuss zur Drucksache „Gender-Budgeting“ noch einmal am 25. September 2007 und abschließend am 20. November 2007.

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag am 14. Dezember 2007 unter Einbeziehung des Berichts aus dem Unterausschuss abschließend beraten.

II. Beratungsinhalt

Die GAL-Abgeordneten bedankten sich noch einmal bei den beiden anderen Fraktionen für die konstruktive Beratung ihres Antrags und die Entwicklung eines gemeinsamen Petitions im Unterausschuss.

Sie hofften, dass dieser Beschluss nicht der Diskontinuität anheimfallen werde, sondern die Implementierung von Gender-Mainstreaming zum Beispiel bei den neuen Kennzahlen erfolgen werde.

Die Anhörung habe eindrucksvoll gezeigt, dass es sich hierbei um ein wichtiges Thema handele.

Sie hofften weiterhin, dass die Finanzbehörde im Zusammenhang mit der Umsetzung des Beschlusses ihren damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei zukünftigen

gen Konferenzen die Möglichkeit einräume, daran teilnehmen zu können, ihr Wissen zu erweitern und dieses für Hamburg einzusetzen.

Die CDU-Abgeordneten beantragten die Worte „neuen Steuerungsmodells“ im Petikum des Unterausschusses durch die Worte „Neuen Haushaltswesen Hamburgs“ zu ersetzen.

Der Ausschuss stimmte diesem Änderungsantrag einstimmig zu.

III. Ausschussempfehlung

Der Haushaltsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, das Petikum aus der Drs. 18/5458 in folgender Fassung zu beschließen:

Der Senat wird ersucht,

- 1. bei der Implementierung des Neuen Haushaltswesen Hamburgs zu prüfen, inwiefern Kennzahlen im Sinne des Gender Budgetings zur geschlechtergerechten Darstellung bei der Verwendung der finanziellen Mittel entwickelt werden können*
- 2. zum Haushalt 2009/2010 über den Sachstand zu berichten und*
- 3. dabei die Erkenntnisse der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Oktober 2007 vorgestellten Machbarkeitsstudie einfließen zu lassen.*

Walter Zuckerer, Berichterstatter

BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

18. Wahlperiode

21.11.2007

Bericht

des Unterausschusses „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“

an den

Haushaltsausschuss

über die Drucksache

18/5458 **Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008, Einzelplan 9.1;**
(Neuf.): **Gender Budgeting**

Vorsitzende: **Gesine Dräger**

Schriftführer: **Wolfhard Ploog**

I. Vorbemerkung

Der Antrag der GAL-Fraktion und der SPD-Fraktion, Drs. 18/5458 (Neufassung), wurde am 13.12.2006 auf Antrag der SPD-Fraktion von der Bürgerschaft an den Haushaltsausschuss überwiesen. Der Haushaltsausschuss hatte in seiner Sitzung am 9.1.2007 einvernehmlich beschlossen, die Vorlage zunächst im Unterausschuss „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“ beraten zu lassen. Dieser hat sich in seinen Sitzungen am 16.1.2007, 22.3.2007, 25.9.2007 und 20.11.2007 mit der Vorlage befasst.

II. Beratungsinhalt am 16.1.2007

Die Vorsitzende teilte mit, dass das Ziel der Obleute sei, eine Sachverständigenanhörung gemäß § 58 Absatz 2 Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) durchzuführen. Hier könnte zum Beispiel aus anderen Bundesländern berichtet werden, wie dort der Stand hinsichtlich Gender Budgeting aussehe. Die Obleute sollten hierfür einen Termin festlegen und sich gemeinsam überlegen, welche Sachverständigen dazu eingeladen werden sollten.

Die CDU-Abgeordneten fragten nach, wann die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben habe, vorlägen, denn diese würde zumindest die Grundlage für die Beratungen innerhalb der Fraktionen darstellen, damit überhaupt gewusst würde, über welche Aspekte gesprochen werden müsste.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, dass die Studie ursprünglich im Frühjahr 2006 habe vorgelegt werden sollen; dies sei jedoch bis dato nicht passiert. Eine Nachfrage habe ergeben, dass noch geprüft werde, ob die Machbarkeitsstudie überhaupt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden solle.

Die Vorsitzende wollte festgehalten wissen, dass es dazu unterschiedliche Aussagen gebe, so habe zum Beispiel der Finanzminister sich vor einiger Zeit dahingehend geäußert, dass sie veröffentlicht werden solle. Andere Bundesländer und Kommunen beschäftigten sich bereits mit dem Thema, weil es eine EU-weite Forderung gebe, Gender Budgeting in die Haushaltsplanung einzuführen. Der Antrag sehe nicht vor, wie genau Gender Budgeting in Hamburg eingeführt werden solle, sondern der Unterausschuss beschäftige sich mit den Vorbereitungen hierfür. Deshalb sei es sinnvoll, sich über den Stand in anderen Bundesländern zu informieren, denn der Hamburger Haushalt ähnele eher denjenigen anderer Bundesländer als demjenigen des Bundes. Die Machbarkeitsstudie sei mithin nicht die einzige Beratungsgrundlage. Hamburg habe noch nicht die ersten Schritte in Richtung Gender Budgeting getätigt, weshalb die Legislative hierfür die Initiative ergreifen wolle.

Der Unterausschuss kam sodann einvernehmlich überein, eine Sachverständigenanhörung gemäß § 58 Absatz 2 GO durchzuführen. Weiterhin sollten die Obleute den Termin festlegen und die Experten benennen.

III. Beratungsinhalt am 22.3.2007

Es wurde eine Anhörung gemäß Paragraf 58 Absatz 2 GO durchgeführt. Dazu wurde ein Wortprotokoll (Nr. 18/6) erstellt, das entsprechend den seit 1.3.2006 geltenden Richtlinien des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft über die Einsichtnahme von Ausschussprotokollen über die Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter folgender Internetadresse:

<http://www.hamburgische-buergerschaft.de/parlamentsdatenbank/> aufgerufen oder wie bisher in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden kann.

IV. Beratungsinhalt am 25.9.2007

Die Vorsitzende rief die Anhörung am 22.3.2007 in Erinnerung. Die Experten hätten dargestellt, welche Chancen in dem Instrument Gender Budgeting steckten und inwieweit es sich durch die Europäische Union auf die Bundesrepublik und auf Hamburg auswirken werde. Dies sei sowohl durch die Experten als auch durch die Abgeordneten positiv bewertet worden. Sie bat die Senatsvertreter zu berichten, welche Überlegungen und Planungen der Senat zu Gender Budgeting habe.

Die Senatsvertreter erklärten, es gebe bislang keine Planungen explizit zum Gender Budgeting. Allerdings berge das Projekt „Neues Haushaltswesen“ Möglichkeiten, diese Belange zu berücksichtigen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien Erprobungsbereiche definiert worden. In diesem Rahmen sei zu überlegen, in welchem Ausmaß steuerungsrelevante Kennzahlen zum Thema Gender Budgeting aufzunehmen seien.

Die GAL-Abgeordneten regten an, in der Erprobungsphase auch verwaltungsexterne Berater zum Thema Gender Budgeting hinzuzuziehen.

Die SPD-Abgeordnete erkundigte sich, ob es eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu Gender Budgeting gebe und ob die von der Bundesregierung im Jahr 2005 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie inzwischen vorliege.

Dazu bemerkten die Senatsvertreter, nach ihrem Wissensstand seien beide Fragen zu verneinen.

Auf die Fragen der GAL-Abgeordneten hin erklärten die Senatsvertreter, es sei zu bezweifeln, dass bis 2015 bindende Rechtsgrundlagen zur Einführung von Gender Budgeting geschaffen würden. An der bundesweiten Tagung am 4. und 5.6.2007 habe kein Vertreter der Finanzbehörde teilgenommen.

Die SPD-Abgeordnete regte an, die Einführung von Gender Budgeting voranzutreiben, um nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung zu verlieren.

Die CDU-Abgeordneten bewerteten es positiv, dass Hamburg sich nach Berlin als zweites Bundesland mit diesem Thema befasse.

Die Vorsitzende schlug vor, das Einvernehmen des Ausschusses in einem Votum zu formulieren und dies dem Haushaltsausschuss vorzulegen. Hierzu werde kurzfristig eine weitere Sitzung stattfinden.

V. Beratungsinhalt am 20.11.2007

Die Vorsitzende teilte mit, dass ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und GAL vorliege.

Die GAL-Abgeordnete bedankte sich bei allen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Behandlung dieses Themas.

Die CDU-Abgeordneten erklärten, die Anhörung sei sehr interessant gewesen. Sie unterstützten dieses Anliegen.

Der Unterausschuss „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“ stimmte dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und GAL einvernehmlich zu.

VI. Ausschussempfehlung

Der Unterausschuss „Öffentlicher Dienst und Personalwirtschaft“ ersucht den Haushaltsausschuss einvernehmlich, der Bürgerschaft zu empfehlen nachstehenden Beschluss zu fassen:

Der Senat wird ersucht,

- 1. bei der Implementierung des neuen Steuerungsmodells zu prüfen, inwiefern Kennzahlen im Sinne des Gender Budgetings zur geschlechtergerechten Darstellung bei der Verwendung der finanziellen Mittel entwickelt werden können*
- 2. zum Haushalt 2009/2010 über den Sachstand zu berichten und*
- 3. dabei die Erkenntnisse der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Oktober 2007 vorgestellten Machbarkeitsstudie einfließen zu lassen.*

Wolfhard Ploog, Berichterstatter